

Beschlussvorlage

Bereich | Amt
Amt für Familie, Jugend und
Senioren

Vorlagen-Nr.
50/00/2019

Anlagedatum
08.05.2019

Verfasser/in
Zimmermann, Armin

Aktenzeichen
50 18 01

Beratungsfolge

Gremium	Sitzungstermin	Öffentlichkeit	Zuständigkeit
Sozialausschuss	20.05.2019	Ö	Vorberatung
Gemeinderat	25.06.2019	Ö	Beschlussfassung

N = nichtöffentliche Sitzung, Ö = öffentliche Sitzung

Verhandlungsgegenstand

Deputatserhöhung der Fachstelle für Wohnungssicherung und Mobile Obdachlosenarbeit auf 70%

Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat das Stellendeputat für die Fachstelle Wohnungssicherung und Mobile Obdachlosenarbeit in Rheinfelden (Baden) – durchgeführt vom AGJ-Fachverband für Prävention und Rehabilitation in der Erzdiözese Freiburg e.V. – ab 01.07.2019 von 40 auf 70% zu erhöhen.

Anlagen

Interne Prüfung

1. Finanzielle Auswirkungen

1.1 Der Beschlussvorschlag hat unmittelbar finanzielle Auswirkungen

ja, in Höhe von Betrag Euro nein

1.2 Der Beschlussvorschlag erzeugt langfristige Folgekosten

ja, in Höhe von jährlich Betrag Euro nein

Erläuterung:

1.3 Die benötigten Mittel stehen im Haushalts-/Wirtschaftsplan zur Verfügung im laufenden Haushaltsjahr

ja nein

in der mittelfristigen Finanzplanung

ja nein

unter

3140050303

1.4 Beteiligung der Stadtkämmerei

ja nein

Erläuterung:

2. Personelle Auswirkungen

ja nein

Erläuterung

3. Nachhaltigkeits-Check

ja, vergleiche Anlage nicht erforderlich

Erläuterungen

1. Einleitung

Die Zahl der prekären Wohnverhältnisse und der Fälle von Obdachlosigkeit hat in den letzten Jahren in Rheinfelden (Baden), wie auch allgemein im Kreis Lörrach und in Deutschland, aus unterschiedlichen Gründen stetig zugenommen. Immer mehr Einzelpersonen, aber insbesondere und Familien und eine steigende Zahl von Kindern sind betroffen. In Kooperation mit dem AGJ-Fachverband für Prävention und Rehabilitation in der Erzdiözese Freiburg e.V. hat sich die Stadt Rheinfelden (Baden) der Aufgabenstellung der Wohnungssicherung und der Arbeit mit obdachlosenrechtlich eingewiesenen Menschen angenommen.

2. Die Arbeit des AGJ - Fachverbandes

Seit 2017 versieht der Fachverband im Auftrag der Stadt Rheinfelden (Baden) die Tätigkeit der Fachstelle Wohnungssicherung und Mobile Obdachlosenarbeit in der Stadt. Die Fachstelle ist dem Amt 50 angegliedert und hat einen Büroarbeitsplatz im Sozialen Kompetenzzentrum. Vereinbart wurde ein Stellendeputat von 40% bei einer vertraglichen Laufzeit von drei Jahren (2017-2019). Über die Arbeit der Fachstelle wurde jährlich im Sozialausschuss ausführlich berichtet.

Der aktuelle Bericht zeigt zunächst, dass die Arbeit ausgesprochen effektiv ist. Im Bereich der Wohnungssicherung konnte in zahlreichen Fällen ein Verlust der Wohnung verhindert oder eine neue Wohnung gefunden werden. Im Bereich der Mobilen Obdachlosenarbeit konnten umfangreiche und vielfältige Unterstützungsmaßnahmen umgesetzt und die Lebenssituation der Betroffenen häufig spürbar verbessert werden. Die betroffenen Personen und Familien aus der obdachlosenrechtlich eingewiesenen Situation herauszuholen hat sich dabei jedoch als schwierig erwiesen. In wenigen Fällen konnten die Betroffenen eigenständig privaten Wohnraum finden.

3. Zukünftige Herausforderungen und Perspektiven

Der Bericht zeigt auch, dass die Gesamtlage schwierig bleibt bzw. zum Teil zunehmend schwieriger wird. Die Wohnungslage ist sehr angespannt und hat sich in den letzten beiden Jahren nochmals verschärft. Zudem ist der Betreuungsbedarf in beiden Bereichen, der Wohnungssicherung und der Mobilen Obdachlosenarbeit, größer als das, was mit dem gegenwärtigen Deputat geleistet werden kann. Der Bericht zeigt eindrucksvoll, dass in allen Arbeitsfeldern im Jahr 2018 mehr geleistet und damit auch mehr erreicht wurde als in 2017. In den meisten Haushalten muss die Betreuung nach dem Erstkontakt kontinuierlich fortgesetzt werden, um das Aktivierungspotenzial zu nutzen.

Sorge bereiten nach wie vor die zahlreichen Kinder, die betroffen sind, und die Fälle von langjähriger Obdachlosigkeit. Gerade hier ist der Betreuungsbedarf ausgesprochen hoch. Mehrfachberatungen sind zunehmend notwendig und die Intensität der Beratung nimmt zu. Die Fallzahlen steigen insgesamt und die Arbeit der Fachstelle wird immer bekannter, sodass die Nachfrage nach Beratung und Begleitung auch dadurch zunimmt. Zudem sind die unmittelbaren Perspektiven auf dem Wohnungsmarkt wenig aussichtsreich.

Diese Entwicklung hat die Stadt und den Fachverband bewogen, eine Aufstockung des Stellendeputats von 40 auf 70% zu planen. In vielen Familien ist geboten, die Arbeit fortzuführen und das erarbeitete Vertrauensverhältnis zu nutzen, um mittel- und langfristige Verbesserungen zu erreichen.

Durch eine sehr geeignete Personaleinstellung im Team, des Fachverbandes ist eine Besetzung der Stelle und Aufstockung ab 1. Juli 2019 möglich. Die Mittel sind im Haushaltsjahr 2019 beim Amt 50 auf der Haushaltsstelle vorhanden. Der Ende 2019

auslaufende Vertrag würde auf dieser Grundlage um drei Jahre bis Ende 2022 verlängert werden. Im Sozialausschuss berichtet der Fachverband über die aktuelle Situation.